

## Nach dem Brexit 20.06.2016



**BERLIN/LONDON** (Eigener Bericht) - In Berlin dringen erste Grundzüge möglicher Reaktionen auf einen britischen EU-Austritt an die Öffentlichkeit. Wie es in einem Bericht unter Berufung auf Regierungskreise heißt, hoffe man zwar darauf, dass beispielsweise Turbulenzen an den Finanzmärkten, die man letztlich nicht fürchten zu müssen meine, eine ausreichende Zahl britischer Wähler zu einem "remain"-Votum veranlassen könnten. Für den Fall, dass dies misslinge und die britische Bevölkerung den Austritt aus der EU fordere, seien tiefgreifende Maßnahmen nicht auszuschließen. Zwar plädierten manche dafür, Großbritannien einen an die EU assoziierten Status, wie Norwegen ihn innehatte, zu gewähren, um die Interessen der deutschen Wirtschaft nicht zu gefährden. Zugleich müsse man allerdings "eine Front aufbauen", um zu verhindern, dass weitere EU-Staaten in einen assoziierten Status überwechselten. Vor allem stehe der Übergang zu einem "Kerneuropa" im Raum. Die konkrete Debatte darüber könnte bereits Ende dieser Woche beginnen: Die Außenminister der sechs EU-Gründungsstaaten haben ein exklusives Treffen anberaumt, um über Konsequenzen aus dem britischen Referendum zu debattieren.

### Prognosen statt Belehrungen

Während in Berlin die Diskussion über den angemessenen Umgang mit einem möglichen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs andauert, versuchen Wirtschafts- und Finanzvertreter in letzter Minute das Steuer herumzureißen. Belehrende Ratschläge aus dem Ausland kommen in Großbritannien überaus schlecht an, drohen das Gegenteil zu bewirken und verbieten sich also. Interessierte Kreise operieren deshalb mit Prognosen. So behauptet der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Martin Wansleben, im Falle eines "leave"-Votums würden drei Fünftel aller in Großbritannien tätigen deutschen Unternehmen ihre Geschäfte bremsen. Außerdem könnten sich für britische Unternehmen, die in Deutschland tätig sind, größere Schwierigkeiten ergeben.[1] Britische Experten weisen allerdings darauf hin, dass Deutschland aus dem Handel mit dem Vereinigten Königreich weitaus größeren Profit zieht als dieses - und dass auch deshalb Drohungen, denen zufolge es unmöglich sei, einvernehmliche Regelungen für einen gedeihlichen Wirtschaftsaustausch außerhalb der EU zu finden, kaum ernst zu nehmen sind.

### Erwünschte Turbulenzen

Ergänzend werden Drohungen aus der Finanzbranche laut. So kündigt der Vorsitzende der Bankenaufsichtsbehörde European Banking Authority (EBA), Andrea Enria, an, seine Einrichtung werde bei einem "leave"-Votum London verlassen: "Wenn sich die Briten für einen Austritt aus der EU entscheiden, müssten wir tatsächlich in eine andere europäische Hauptstadt umsiedeln".[2] Die jüngsten Turbulenzen an einigen Börsen im Vorfeld des "Brexit"-Referendums werden in Berlin mit Zufriedenheit registriert. "Die Briten bekommen jetzt schon mal einen Vorgesmack auf die Entwicklung nach dem Brexit, vielleicht überlegen sie es sich ja noch einmal", wird ein namentlich nicht genanntes Mitglied der deutschen Regierung zitiert.[3] Tatsächliche Sorgen macht sich die Bundesregierung allerdings nicht: Die Notenbanken in London und Frankfurt am Main hätten alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Märkte bei Bedarf zu stabilisieren, heißt es. Sollten die Finanzmärkte vor dem Referendum in Großbritannien noch "ein bisschen durchdrehen", sei das allerdings zu begrüßen: Es verbessere womöglich die Chancen für einen britischen Verbleib in der EU ("remain").[4]

### Project Fear

Allerdings nutzen sich die Versuche, mit Prognosen und Drohungen Einfluss zu nehmen, im Lauf der Zeit ab. Dies belegen entsprechende Erfahrungen aus Dänemark (german-foreign-policy.com berichtete [5]). Auch in Großbritannien

werden derlei Praktiken als "project fear" identifiziert und immer weniger ernst genommen. Selbst wenn "project fear" diesmal noch greifen sollte: Für die Zukunft sinken die Chancen des EU-Establishments, Referenden steuern zu können, weiter.

### "Germanophobe Brexit-Befürworter"

Angesicht der Ungewissheit vor dem Referendum am Donnerstag steht gegebenenfalls ein Krisentreffen auf EU-Ebene im Raum. Kanzlerin Merkel habe für Freitag "mit Bedacht keine öffentlichen Auftritte geplant", wird berichtet; im Fall eines "remain"-Votums könne sie - etwa mit einem Auftritt im Bundestag - "Business as usual demonstrieren".[6] Unabhängig davon ist für Freitag oder Samstag ein Treffen der Außenminister der sechs EU-Gründungsstaaten angekündigt. Man wolle verdeutlichen, dass man zum "europäischen Projekt" stehe, heißt es. Die Tatsache, dass das Treffen in einem womöglich historisch entscheidenden Moment auf sechs der 28 EU-Staaten beschränkt wird, weist auf Pläne hin, über die bislang noch nicht offiziell berichtet worden ist - da, wie es zur Begründung in Berlin heißt, "niemand den germanophoben Brexit-Befürwortern in Großbritannien zusätzliche Argumente liefern wollte".[7]

### Ein Einzelfall

Demnach geht es um zweierlei. Zum einen heißt es aus dem Kanzleramt, man schließe nicht aus, Großbritannien nach einem EU-Austritt ähnlich wie Norwegen an die EU zu assoziieren. Das trüge in der Tat dem massiven deutschen Wirtschaftsinteresse an einem unbeschädigten Fortbestehen der Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich Rechnung.[8] Allerdings müsse man sicherstellen, dass nicht andere EU-Staaten ebenfalls zu einer lockeren EU-Assoziation wechselten, heißt es im Auswärtigen Amt: "Wir müssen sogleich eine Front aufbauen nach dem Motto: Es gibt keine Rosinenpickerei".[9] Ein etwaiges EU-Abkommen zur Assoziation Großbritanniens sei strikt ein Einzelfall.

### Kerneuropa

Zum anderen machen sich Teile des Berliner Establishments, darunter Finanzminister Wolfgang Schäuble, gegenwärtig für eine Weichenstellung in Richtung auf ein "Kerneuropa" stark. In diesem Sinne haben sich jetzt die ehemalige Vizepräsidentin der EU-Kommission Viviane Reding (Luxemburg) und der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn geäußert. "Wir brauchen ein Kerneuropa, das müssen wir schnell durchsetzen", verlangt Reding.[10] Asselborn formuliert etwas vorsichtiger: Zwar sei "ein Kerneuropa, bei dem einige Länder ausgeschlossen wären, ... keine ideale Lösung"; doch werde "auf uns so oder so eine Debatte zukommen, wie wir die Solidarität untereinander definieren".[11] Den Anfang der Debatte könnten die sechs EU-Gründungsstaaten - Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg - bereits Ende dieser Woche beim Treffen ihrer Außenminister starten. Mit den sechs Ländern wäre der innerste Wohlstandskern der EU festgelegt; als weiterer Fixpunkt gilt allgemein die Eurozone. Die Staaten, die die Gemeinschaftswährung nicht eingeführt haben, stünden vollständig außen vor und müssten sich den Entscheidungen des EU-Kerns beugen.

Mehr zum Thema: [Zuckerbrot und Peitsche](#) , [Project Fear](#) und [No Social Europe](#) .

[1] Deutsche Industrie fürchtet bei Brexit "gravierende Folgen". www.sueddeutsche.de 19.06.2016.

[2] Bankenaufsicht verlässt London, wenn der Brexit kommt. www.faz.net 19.06.2016.

[3], [4] Beim Brexit hat die Bundesregierung keinen Plan. www.welt.de 19.06.2016.

[5] S. dazu [Project Fear](#) .

[6], [7] Beim Brexit hat die Bundesregierung keinen Plan. www.welt.de 19.06.2016.

[8] S. dazu [Die Profiteure der EU](#) .

[9] Beim Brexit hat die Bundesregierung keinen Plan. www.welt.de 19.06.2016.

[10] Vor dem Brexit-Referendum: Führende Europapolitiker fordern Brüssels Neuanfang. www.zeit.de 16.09.2016.

[11] "Cameron hat mit dem Referendum einen Fehler gemacht". www.tagesspiegel.de 19.06.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)